A4 Alltagserleichterungen für blinde Menschen und Menschen mit Sehbehinderung schaffen!

Gremium:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND Schleswig-Holstein
Beschlussdatum:	14.03.2021
Tagesordnungspunkt:	2 Anträge

Antragstext

Die Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein möge beschließen:

Die GRÜNE JUGEND Schleswig-Holstein fordert die Landesregierung und die Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dazu auf, folgende Punkte umzusetzen:

Gesellschaftliche, politische und berufliche Teilhabe

Forderungen:

- Bei Bereitstellung von barrierefreien Unterlagen von Ämtern und Unternehmen ist die Barrierefreiheit und eine 4 Wochenfrist vor dem Fälligkeitsdatum zu beachten, damit genügend Zeit besteht, diese vorzubereiten. Dies soll in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens Standard werden. Dazu muss dieses existierende Angebot barrierefrei kommuniziert und bereitgestellt werden. Wir als GRÜNE JUGEND Schleswig-Holstein verpflichten uns dem ebenfalls.

- Weiterhin ist in jeglicher Hinsicht auf diskriminierungsfreie Sprache in Ämtern und Unternehmen zu achten.

- Der Zugang zu technischen Hilfsmitteln muss kostenlos sein. Dazu braucht es sowohl im privaten als auch im beruflichen Bereich finanzielle Mittel als Unterstützung vom Staat an die Individuen und Arbeitgeber*innen.

- Es braucht eine kostenlose Berufsberatung, da blinde Menschen und Menschen mit Sehbehinderung großen Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt begegnen, die stigmatisierend und diskriminierend sind.

Erhöhung des Landenblindengeldes

Der Betrag des Landenblindesgeldes in Schleswig-Holstein ist im Vergleich zu anderen Bundesländern weitaus niedriger und sogar in der Vergangenheit gekürzt worden.

Forderungen:

- Das Lindenblindengeld soll auf mindestens 600€ erhöht werden, welche auch der Blinden- und Sehbehindertenverband Schleswig-Holstein fordert.

- Die Rente soll dementsprechend auch erhöht werden.

- Alltäglich fallen viele Extrakosten an, wie Hilfen für den Einkauf oder Haushalt, Taxen, mehr Kleidung und viele mehr. Kein Mensch sollte aus

Kostengründen Diskriminierung erfahren, weshalb diese Kosten bei Bereitstellung von finanziellen Mitteln zu berücksichtigen sind.

- Da der Großteil der Hilfen, die blinde Menschen und Menschen mit Sehbehinderung im Alltag benötigen, privat sind, muss die Regierung dem durch Ausbildung von fachlichen Hilfskräften und kostenloser Bereitstellung gerecht werden.

- Das Landesblindengeld soll auch Menschen mit einer Sehbehinderung inkludieren. Diese Menschen werden bisher überhaupt nicht finanziell berücksichtigt. Dazu soll das Geld in Relation zu der Schwere der Sehbehinderung stehen. Generell gilt es, auch Menschen mit Sehbehinderung in diese Debatten einzubeziehen.

Barrierefreie Medien

Forderungen:

• Die Verpflichtung der öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehsender zum Ausbau der barrierefreien Medienangebote (Gebärdensprache, Untertitel, Audiodeskription) muss in den Medienstaatsvertrag aufgenommen werden.

• Die Erhöhung der finanziellen Ressourcen für den Auf- und Ausbau barrierefreier Angebote soll nach einem Stufenplan (10 % Steigerung pro Jahr) erfolgen.

Begründung

Erfolgt mündlich.